Bankenaufsicht

Gute Vorsätze

Die Verantwortlichen der BaFin haben sich für das laufende und sicher auch die kommenden Jahre hehre Ziele gesetzt: Sie wollen bessere Aufseher werden. So löblich dieser Vorsatz ist, er ist gar nicht so leicht in die Tat umzusetzen. Denn wie Felix Hufeld auf dem Neujahrsempfang seines Hauses feststellte, gibt es einige Steine auf diesem Weg. So warnte er davor, in der Aufsicht von dem nun schon viele Jahre erprobten Prinzip der Risikoorientiertheit abzuweichen. Da macht er derzeit zwei Gefahrenquellen oder Treiber aus. Das eine ist der politische Lenkungswille, der Banken und Finanzdienstleister zum verlängerten Arm der Politik in Sachen Nachhaltigkeit machen will. Natürlich müssen sich die Institute dem Thema Klimaschutz und Sustainable Finance stellen. Und natürlich müssen sie auch bei ihren Kunden und Engagements auf entsprechende Kriterien achten. Zum Glück gibt es mit der jüngst vorgelegten Taxonomie endlich einen einheitlichen Definitionsrahmen. Doch wie Hufeld richtigerweise feststellt: „Grün bedeutet mitnichten ein geringeres Risiko!“ Denn wie sich am Beispiel Energieversorger oder der Automobilindustrie zeigt, können im Zuge der Umwälzungen ehedem gesunde Branchen schnell zu Ausfallrisiken werden. Entsprechend erteilt Deutschlands oberster Bankenaufseher sowohl Überlegungen eines braunen Malus als auch eines grünen Bonus eine klare Absage. Wer grüne Investitionen und Kredite losgelöst von ihren Risiken pauschal privilegiere, wähle sicher den Weg in die nächste Krise, so Hufeld.

Der zweite Prozess, der dem BaFin-Präsidenten in dieser Hinsicht Sorge bereitet, ist die Umsetzung von Basel III. Zum einen sei im Sinne des Level Playing Field sehr genau darauf zu achten, dass es zwischen einzelnen Ländern keine allzu großen Abweichungen bei der Umsetzung der neuen Regeln gebe. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass gerade das mitunter ein Problem darstellen kann. Deutsche Banken, vor allem die privaten, haben sich wiederholt über Wettbewerbsnachteile gegenüber amerikanischen Banken beschwert, die daraus resultieren. Felix Hufeld treibt aber noch ein weiterer Punkt um. So warnt er davor, alles allein an dem ausgehandelten Outputfloor festzumachen. Dieser sei nur einer von mehreren aufsichtlichen Bausteinen, der die ungewollte Variabilität bei der Verwendung interner Modelle eindämme. Als Ansatzpunkt für eine Abkehr von der risikoorientierten Aufsicht und eine Rückkehr in die Vor-Krisen-Methodik à la Basel I dürfe er nicht dienen. Auf diese Punkte werde sein Haus bei der Umsetzung ganz besonders achten, betonte Hufeld.

Dritter Einflussfaktor sind die beaufsichtigten Institute selbst, die offensichtlich ihre Hausaufgaben nicht alle nach den Vorstellungen der Aufsicht erfüllen. Die Niedrigzinsphase macht sich bei Banken und Sparkassen mit jedem Jahr der Fortschreibung immer stärker bemerkbar. Entsprechend hat der Präsident in seiner Rede die Nachhaltigkeit von Geschäftsmodellen als Aufsichtsschwerpunkt im laufenden Jahr herausgestellt. Man werde sich sehr genau ansehen, wie die Institute gegen ihre Ertragsschwächen angehen würden. Dem Vernehmen nach befinden sich derzeit nur eine kleine Anzahl kleinere Banken, die nicht den beiden Verbünden angehören, unter der besonders intensiven Aufsicht der BaFin. Diese werde aber keine lebensverlängernden Maßnahmen ergreifen, betonte Hufeld. Das sei nicht Aufgabe der Aufsicht. Von daher könne es durchaus passieren, dass das ein oder andere Institut in den nächsten Jahren aus dem Markt ausscheide. Dauerbaustelle bleibt in der Bankenaufsicht natürlich nicht nur die Ertragsschwäche, sondern auch die wachsenden IT- und Cyberrisiken, was nicht zuletzt die Attacken und Ausfälle Anfang des Jahres gezeigt haben. Es bleibt viel zu tun, da können gute Vorsätze, die möglichst lange eingehalten werden, nur helfen – den Aufsehern wie den Beaufsichtigten.

Kreditvergabe

Geldpolitik wirkt, aber …

„Die Buchkredite der deutschen Banken an nichtfinanzielle Unternehmen in Deutschland sind in den letzten Jahren nachhaltig und kräftig über alle Laufzeiten, Wirtschaftszweige und Bankengruppen gestiegen.“ Das teilt die Bundesbank in ihrem Monatsbericht Januar 2020 mit, der eine ausführliche Analyse des Kreditwachstums beinhaltet. Der Wendepunkt lag im Jahr 2014. Damals schrumpfte der Kreditbestand noch um 2,5 Prozent. Seitdem zieht das Wachstum an und lag zuletzt sechs Quartale in

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH

Folge bei über 5 Prozent. Den Hochpunkt erreichte das Kreditwachstum allerdings bereits im Juni 2018 mit einem Plus von 5,9 Prozent.

Der Bericht befasst sich auch ausführlich mit der Frage, welchen Anteil die Geldpolitik an dem Aufschwung der Kreditvergabe hat. Einen ersten Hinweis darauf gibt die Tatsache, dass sich der Anstieg der Jahreswachstumsrate der Unternehmenskredite weiter fortsetzte, als das BIP-Wachstum bereits etwas nachließ – anders als in früheren Phasen dynamischen Wachstums. Auf der Nachfrageseite ist es vor allem das niedrige Marktzinsniveau, das die Nachfrage hochhält. Doch die Geldpolitik spielt auf vielfältige Weise in das Kreditwachstum hinein. Nicht nur die Senkung der Leitzinsen auf null im Jahr 2014 führte laut der Analyse zum Kreditwachstum, sondern auch das erweitere Asset Purchasing Programm APP und das langfristige Refinanzierungsprogramm GLRG sorgten indirekt für eine stärkere Kreditvergabe. So gaben in der Bank Lending Survey (BLS) befragte Banken an, die ihnen durch die Sondermaßnahmen zufließende Liquidität vor allem für eine höhere Buchkreditvergabe genutzt zu haben. Dieser Effekt sei übrigens hauptsächlich auf die Institute der beiden großen Verbünde zurückzuführen.

Die Transmission geldpolitischer Impulse funktioniert anscheinend und wirkt sich wie gewünscht auf eine erhöhte Kreditvergabe aus. Gleichzeitig ist die NPL-Quote weiter auf 3,41 Prozent und damit auf den niedrigsten Stand seit der erstmaligen Veröffentlichung dieser Zeitreihe im Jahr 2015 gesunken (Stand: 3. Quartal 2019, Quelle: Bundesbank). Ideale Welt – könnte man meinen. Doch es sollte auch der Blick darauf fallen, in welchen Bereichen der Wirtschaft die Kreditvergabe anstieg. So stiegen die Bruttoanlageinvestitionen in Deutschland nur zu Beginn des Aufschwungs kräftig an, danach nur noch verhalten. Die Ausrüstungsinvestitionen, die vor allem vom produzierenden Gewerbe durchgeführt werden, wuchsen nur moderat. Die Bauinvestitionen hingegen hatten einen gewichtigen und zunehmenden Anteil daran. Dieser Effekt ist zwar auch auf eine gestiegene Tätigkeit in dem Sektor zurückzuführen, aber auch zu ordentlichen Teilen nur auf Preissteigerungen – sowohl für Dienstleistungen als auch bei den Immobilienpreisen.

Ja, die Geldpolitik wirkt. Es stellt sich jedoch die Frage, ob die Nebenwirkungen der außergewöhnlichen Geldpolitik gerechtfertigt sind, wenn die Wirkung sich im Wesentlichen auf ein Wirtschaftssegment beschränkt und es dort auch noch zu Preisblasen kommt. Die Liste der Nebenwirkungen ist lang: Die Margen der Banken erodieren weiter, da der Wettbewerb auf dem Markt hoch und der Zins niedrig ist und der Druck zur weiteren Kreditvergabe von der geldpolitischen Seite anhaltend hoch ist. In der Realwirtschaft steigt der Anteil der sogenannten „Zombie-Unternehmen", die nur aufgrund der historisch niedrigen Refinanzierungskosten überleben. Wenn dann noch von im Lauf der Zeit immer weiter aufgelockerten Kreditbedingungen die Rede ist, muss man kein Unkenrufer sein, um zu sehen, dass sich Unheil zusammenbrauen könnte.

Es ist daher ein erfreulicher Schritt, dass die EZB nun angekündigt hat, ihre Strategie auf unerwünschte Nebenwirkungen hin zu überprüfen. Die Geldpolitik kann helfen, muss aber dabei Maß bewahren. Sie kann Prosperität nicht erzwingen. Dem darbenden produzierenden Gewerbe in Deutschland würden derweil andere Maßnahmen viel mehr helfen, angefangen bei einer Unternehmenssteuerreform, niedrigeren Energiepreisen und einem Bürokratieabbau.

Zentralbanken

Gesucht: eine Handschrift für den Euro

Nach 100 Tagen im Amt wird es jetzt für Christine Lagarde ernst. Die Schonfrist ist vorbei, das wurde schon bei der EZB-Ratssitzung Ende Januar deutlich. Bisher hat man sich mit Kritik an ihr zurückgehalten, zu unsicher sind die Zeiten und zudem richtete sich der Blick auf die neuen Direktoriumsmitglieder Isabell Schnabel und Fabio Panetta. Als ehemalige Finanzpolitikerin weiß Lagarde, dass sie das, was die Politik der EZB antreibt und bewirkt, wird stärker erklären müssen. Gerade für Deutschland sind das weit mehr als die vielgescholtenen Niedrig- und Negativzinsen: Lagarde hat in einem Interview die positive Bilanz für das größte Euroland unterstrichen – ein im Jahresvergleich über 24 Quartale angestiegenes Wirtschaftswachstum, die geringste Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung und damit die geringste Quote in Europa, auch bei der Jugendarbeitslosigkeit, ein Lohnanstieg, der den Konsum unterstützte.

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH

Kann Lagarde Geldpolitik? Paul Krugman verweist gerne darauf, dass Mario Draghi, der ehemalige Chefökonom des IWF Olivier Blanchard und er schon in den Siebzigerjahren in Harvard oder am MIT zusammen waren und „beim Mittagessen in der Mensa Argumente ausgetauscht" hätten. In diesen Kreis gehört die Juristin Lagarde nicht. Aber sie war während der Finanz- und Eurokrise an der Spitze des französischen Finanzministeriums beziehungsweise des IWF und ist geübt darin, unter Druck Ziele zu formulieren und sie umzusetzen. Niemand unterschätzt sie, gerade wenn sie sich bemüht, auch innerhalb der EZB eine gute Kommunikatorin zu sein: Aus der Mensa wurde ein informelles Abendessen des EZB-Rates im Schlosshotel Kronberg. Denn Teambuilding ist angesagt – was Lagarde angekündigt hat, eine Überprüfung der geldpolitischen Strategie der EZB, bedeutet, dass man sich im Rat wird darüber verständigen müssen, wie die Geldpolitik in den nächsten Jahren aussehen soll. Soll zum Beispiel die EZB zu einem symmetrischen Inflationsziel übergehen, wie Draghi das noch zuletzt befürwortete? Dies würde auf eine Erhöhung des Inflationszieles hinauslaufen. Möglich wäre auch eine Spanne von 1 bis 3 Prozent, mit einem mittleren „Anker", womit die geldpolitischen Spielräume ausgeweitet und die EZB auf Beibehaltung der derzeitigen Niedrigzinspolitik für längere Zeit festlegt würde.

Andere wiederum sehen eine Inflation von einem bis anderthalb Prozent als ein gutes Zeichen und fragen, warum es eine höhere Teuerungsrate geben solle, wenn man eine niedrige haben könne. Und wiederum andere plädieren für eine Abänderung des harmonisierten Verbraucherpreisindex, indem zum Beispiel volatile Energie- und Nahrungsmittelpreise herausfallen und Wohnkosten und Assetpreise hinzugenommen werden. Dies würde der Geldpolitik vermutlich in Richtung Zinsanstieg zügigere Spielräume eröffnen.

Es wird spannend sein zu sehen, wie sich die sogenannten Tauben und Falken im EZB-Rat äußern. Lagarde hat sich als Eule bezeichnet, diese seien sehr „weise" Tiere. Die EZB-Präsidentin wird darauf achten, dass im Ergebnis ihre geldpolitische Handschrift in der Strategie sichtbar ist. Derzeit sieht es nicht danach aus, dass sie auf Dauer eine wesentlich unter dem bisherigen Standard liegende Inflation für sinnvoll hält. Lagarde hat eine enorme Selbstdisziplin und hat diese schon vom EZB-Rat eingefordert – vorheriger Dissens soll nach getroffenen Entscheidungen nicht nach außen getragen werden. Und sie wird, das ist sie sich und ihrer Vita schuldig, auch weiterhin die gut aufgestellten Euroländer und Europa als Ganzes zu mehr Investitionen aufrufen, weil sie glaubt, dass sie etwas bewegen können und weiß, wie viel bisher an Zinsaufwendungen gespart wurde. Und schließlich wird darüber diskutiert, ob im Rahmen der Anleihekäufe bei Unternehmensbonds auch Kriterien des Klimawandels berücksichtigt werden sollen. Eine deutsche Spitzenbankerin über Lagarde: „Ich erwarte Kontinuität, noch mehr Intelligenz und die Beschäftigung mit der Frage, wie bekomme ich Politiker dahin, zu tun, was zu tun ist?". *Dr. Bettina Wieß*

Private Banken

Zankapfel und Achillesferse

Der Bundesverband deutscher Banken hat seine Kritik an den neuen Eigenkapitalregeln Basel III Anfang dieses Jahres erneuert. Laut Hauptgeschäftsführer Christian Ossig widersprechen die aktuellen Umsetzungspläne den ursprünglichen Anforderungen. So sei man weit von der Vorgabe entfernt, dass es zu keinen signifikanten Mehrbelastungen für die Institute komme. Die Eigenkapitalanforderungen würden in Europa bei einer genauen Umsetzung der Pläne für Mehrbelastungen von durchschnittlich 25 Prozent in Europa und mehr als 40 Prozent in Deutschland führen. Dadurch, so betonte Ossig, würden rund 700 Milliarden Euro an Investitionen in Form von Krediten fehlen. Die EZB versucht bekanntermaßen seit Jahren die Kreditvergabe im Euroraum anzukurbeln, mit all den zwar gebilligten, aber sicherlich nicht gewünschten Nebenwirkungen vor allem auf der Ertragsseite.

Dass die deutschen Banken entsprechend heftig betroffen sind, hat zwei einfache Gründe: Sie sind traditionell besonders stark in der Immobilienfinanzierung und dem Mittelstandsgeschäft aktiv. Beides wird durch die neuen Regeln extrem verteuert. In der Immobilienfinanzierung wird den Banken der Outputfloor zum Verhängnis, der mit 72,5 Prozent über dem deutschen Durchschnitt liegt. Bei der Mittelstandsfinanzierung ist es das fehlende Rating der Unternehmen. Der Großteil der Mittelständler in Deutschland hat keine Bonitäts-

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH

bewertung, so Ossig. Entsprechend müssten Ausleihungen zu 100 Prozent mit Eigenkapital unterlegt werden, im Gegensatz zu Unternehmen mit Rating, wo es nur 60 Prozent seien.

Von daher hofft der Hauptgeschäftsführer des BdB auf eine Umsetzung mit Augenmaß unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und bringt eine neue Variante ins Spiel. Im Rahmen der vorgeschlagenen „Second-backstop-Lösung" plädiert er dafür, vorhandene Kapitalbestandteile aus der Säule 2 anzurechnen und so die Belastungen zu reduzieren. „Wir haben Pillar-2-Kapital, das wir nutzen könnten, um die Baseler Anforderungen zu erfüllen", so Ossig. Das ist allerdings eine sehr gewagte Auslegung von Basel IV, denn eigentlich werden die Mindestkapitalanforderungen über die Säule I definiert, während die zweite Säule lediglich als Ergänzung zum Säule-1-Ansatz vorgesehen ist, bei dem von der Aufsicht genehmigte bankinterne Messverfahren zur Ermittlung der Zinsänderungsrisiken zur Anwendung kommen sollen. Ob sich die Bankenaufsicht hierauf einlassen wird?

Persönliches

Helmut Geiger

Die Sparkassen-Nation in Deutschland trauert um Helmut Geiger, einen ihrer wirklich großen Präsidenten in der reiferen Nachkriegszeit. Und dass auch Geiger, wie alle Sparkassenführer bis auf den heutigen Tag mit ihrem „ewigen" Drängen zu vollendeter Sparkasseneinheit, in alltäglich gelebter Dezentralität fast nur ein Visionär geblieben ist, schmälert seine Lebensleistung mitnichten. Geiger wusste, wie viele Landesbanken zu viel waren und wem denn ein einziges zentrales Spitzeninstitut gehören sollte. Er wusste, wie eine vernünftige Arbeitsteilung zwischen Oberstufe und Unterstufe – zwischen Landesbanken und Primärbanken – am besten funktionieren würde. Er wusste, dass verschiedene Sparkassenverbände innerhalb eines Bundeslandes zu reichlich Abstimmung brauchten. Er wusste, dass die Spezialinstitute der S-Organisation erstens nach ständiger Funktionsausweitung lechzen und zweitens den Platzbanken zu Diensten sein müssen, nicht den Girozentralen. Er wusste, dass die neuen Techniken im Bankwesen viele konkurrierende S-Emittenten schlecht vertrugen.

Diese Aufzählung von möglichen „Fortschritten" des deutschen Sparkassenwesens ist ebenso bekannt wie unvollständig. Was gute Sparkassenpräsidenten wie Helmut Geiger immer wieder bremste bei der Zukunftssicherung der edlen Gruppe, ist deren prinzipieller Erfolg: Durch die kommunale Verfassung kultiviert die S-Welt eine Duodez-Souveränität, so lange es nur irgend geht. Jeder Bürgermeister und jeder Landesminister instrumentalisiert die Selbstständigkeit „seiner" Sparkasse und fährt und führt meistens glücklich damit. Und ob der Weg in eine nationale Sparkassen-AG dann tatsächlich sicherer, besser wäre als der herrlich mängelbehaftete Status quo, das sagt der eine so, der andere so.

Immerhin, bemerkenswerten Erfolg „bei mehr Einheit" hat jeder Sparkassenpräsident deshalb immer nur, wenn er in Krisen S-Solidarität einfordern kann. Sich nur beispielsweise vorzustellen, wie aber eine West-LB seligen Angedenkens ihren Machtanspruch geltend gemacht hätte, wenn nicht sie, sondern die Sparkassen das große Unglück erlitten hätten, ist faszinierend. Der Präsident Helmut Geiger hat stattdessen zeitlebens nie die Macht eines S-Vorstands innegehabt. Er war immer nur Funktionär. Das haben ihm die anderen, wenn es mit der S-Einheit gar nicht mehr vorangehen mochte, durchaus vorgeworfen.

Aber Helmut Geiger war immer auch Politiker und vor allem der CDU als prägender Partei sehr wohl verbunden. Durch ihn und mit ihm sind die Sparkassen in fast allen Kanzlerschaften noch staatstragender als ohnehin schon geworden. Und weil Helmut Geiger nicht allein so viel von Kunst und Musik wusste, sondern von klein auf ein exzellenter Volkswirt gewesen ist, hat die deutsche Regierungspolitik auf ihn gehört. Dass die deutschen Großbanken, deren Vorsitzende die Sparkassen bei passender Gelegenheit (wie der Kreditpolitischen Tagung) als „Krebsübel" bezeichneten, stets weniger politisches Gehör als „S" fanden, ist mit ein Verdienst von Helmut Geiger.

Geiger war Gründungsherausgeber der Zeitschrift „bank und markt". Und nachdem er in einer der ersten Ausgaben gleich die wirren S-Verhältnisse im Südwesten als höchst verbesserungsfähig klassifizierte, stieg die bum-Auflage sofort deutlich. Redaktion und Verlag verneigen sich voller Respekt vor einem großen Menschen.

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH